

Rieder zum Arbeitsmarkt

Utl.: Hanebüchene Schuldzuweisungen von ÖVP und FPÖ

Wien, (OTS) "Angesichts des weiteren Anstiegs der Arbeitslosigkeit in Wien, aber auch in ganz Österreich, im Jänner, ist die Forderung an Bundesminister Dr. Martin Bartenstein, die Vorjahresreserven aus der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 109 Mio. Euro jetzt für die aktive Arbeitspolitik einzusetzen, aktueller denn je", betonte am Montag Wiens Finanz- und Wirtschaftsstadtrat Dr. Sepp Rieder.

"Mein Angebot an Bundesminister Dr. Bartenstein, sich an der gemeinsamen Finanzierung eines zusätzlichen Förderungsprogramms für jugendliche Arbeitslose zu beteiligen, ist weiterhin aufrecht. In meinem Brief an Bundesminister Dr. Bartenstein vom 24. Jänner 2002 heißt es dazu: 'Da die vorliegenden Prognosen keine Entschärfung der Probleme am Arbeitsmarkt erkennen lassen, haben wir uns entschlossen, das Maßnahmenprogramm für die Förderung in der Altersstufe der 19- bis 25-jährigen zu erweitern und dafür zusätzliche Mittel der Stadt Wien einzusetzen. Wir beabsichtigen für diese Programmerweiterung zusätzliche 3,3 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen, dies allerdings in der Erwartung, dass aus Mitteln der Arbeitsmarktpolitik ein gleich hoher Betrag eingesetzt wird. Mit der Verdoppelung der auf diesem Gebiet eingesetzten Summe von 6,6 Mio. Euro könnten entsprechende zusätzliche Maßnahmen für die berufliche Weiterbildung und Qualifizierung finanziert werden'".

Er, Rieder, gehe davon aus, dass dieses Angebot bei der kommende Woche geplanten Besprechung die Zustimmung von Bundesminister Dr. Bartenstein finden wird.

Davon abgesehen werde das Investitionsprogramm der Stadt Wien und der Unternehmen der Stadt Wien einschließlich der Public-Private-Partnership-Projekte die Rekord-Investsumme von 2,45 Mrd. Euro ausmachen. Ferner werden innerhalb von fünf Jahren rund 300 Mio. Euro in die Technologieoffensive der Stadt investiert.

Rieder: "Es liegt auf der Hand, dass die Großstadt Wien, auf die

ein Viertel der österreichischen Arbeitsplätze entfällt, und die in der Wertschöpfung durch das Bruttoinlandsprodukt zu den Top Ten der EU-Regionen zählt, vom gegenwärtigen Konjunkturunbruch besonders betroffen ist, auch wenn in praktisch allen Arbeitslosendaten der Anstieg in Wien gegenüber dem Vormonat deutlich niedriger ausfällt als in den anderen Bundesländern. Dass sich gerade die Wiener ÖVP und Wiener FPÖ besonders hervortun, die Ursache für die Arbeitslosenzahlen ausschließlich in der Wiener Stadtpolitik zu finden, hat praktisch nichts mit Wirtschaftskompetenz, sondern nur mit Parteidisziplin zu tun. Die hanebüchenen Schuldzuweisungen von ÖVP und FPÖ leisten nicht den geringsten Beitrag zur Lösung der gegenwärtigen Situation am Arbeitsmarkt." (Schluss) nk/

Rückfragehinweis: PID-Rathauskorrespondenz:

www.wien.at/vtx/vtx-rk-xlink/
Norbert Kettner
Tel.: 4000/81 845
e-mail: norbert.kettner@gfw.magwien.gv.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0129 2002-02-04/14:51

041451 Feb 02

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20020204_OTS0129